

Stadtratssitzung 16.02.2023
Frank Pasemann

Aktuellen Debatte
„Klinikum Magdeburg“

Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, werte Damen und Herren Stadträte

wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Kollegen von der Linksfraktion das Thema des kommunalen Klinikums auf der Tagesordnung halten und wir sind auch nicht der Meinung, dass man darüber nicht reden sollte. Ich denke, gerade das wir als Stadträte unsere Verantwortung wahrnehmen und über das Thema reden. Denn das zeigt, dass wir hinter dem Klinikum stehen und das die Bevölkerung damit rechnen kann, dass das Klinikum in guter Qualität weiterarbeiten kann.

Gerade die Corona-Zeit hatte gezeigt, wie zentral die Bedeutung dieser Einrichtung ist und der hervorragenden Arbeit ihrer Mitarbeiter für unsere Stadt und die Bevölkerung ist.

Hier im Stadtrat hat sich mehrfach abgezeichnet, dass es einen sehr breiten Konsens gibt, wenn es um das Bekenntnis zum Erhalt unseres kommunalen Klinikums geht. Wir gehen davon aus, dass sich daran nicht viel geändert hat und mit der aktuellen Debatte heute das Thema sehr vertieft wird.

Die Stadt hat trotz der angespannten Haushaltslage nach ihren Möglichkeiten dazu beigetragen, dem Klinikum den Rücken freizuhalten und das war auch gut und wichtig so. Die Bürgschaft über 20 Millionen Euro, um der Einrichtung eine Kreditaufnahme zu erleichtern, war in jedem Fall die richtige Entscheidung und diese Entscheidungen sollten wir auch in Zukunft wieder treffen. Jetzt müssen aber auch Bund und Land ihren Teil dazu leisten,

die gute Qualität und das solide wirtschaftliche Handeln des Klinikums Magdeburg auch für die Zukunft abzusichern.

In diesem Zusammenhang muss auch eine klare Ansage von Seiten der Stadt erfolgen, dass eine Fusion mit der Uniklinik nicht im Interesse Magdeburgs und nicht im Interesse der Mitarbeiter und Patienten liegt.

Kooperation-Ja, Fusion –Nein-

Das Klinikum Magdeburg steht im Kern auf gesunder Basis. Es mag Herausforderungen geben, beispielsweise bei der Personalpolitik, fehlendem Nachwuchs und natürlich auch der Tatsache, dass viele Mitarbeiter demnächst in Rente gehen. Aber das ist ein Phänomen, mit dem auch andere Gesundheitseinrichtungen heute generell zu kämpfen haben. Wenn es jemandem zuzutrauen ist, diese Probleme in den Griff zu bekommen, dann ist es die Belegschaft unseres Klinikums.

Dass im Kern solide gearbeitet wird sehen wir hingegen, um es vorsichtig zu formulieren, bei der Uniklinik nur bedingt.

Herr Stadtrat Boxhorn hat dankenswerter Weise eindringliche Zahlen dazu gezeigt, die mir so auch nicht bewusst waren. Die Uni-Klinik verfügt zurzeit aktuell über keine Kinderintensivstation, diese musste wegen Ärztemangels sechs Monate schließen, was einer Uniklinik in der Landeshauptstadt nicht würdig ist. Sie wirtschaftet defizitär und häuft Schulden in Millionenhöhe auf.

Dazu kommen auch noch Ungereimtheiten, wie jene um die Masken oder die Daten, die da verloren oder offengelegt wurden. Für uns hat sich bis heute nicht erschlossen, was eine Fusion mit der Uniklinik für das Klinikum und die Stadt insgesamt an Vorteilen ergeben soll. Auch deshalb ist es zwingend erforderlich, dass auch von uns eine klare Botschaft ausgeht und das können wir heute auf Grund der aktuellen Debatte auch machen, dass wir uns vom Land nicht erpressen oder an der langen Leine führen lassen.

Wir sind auch grundsätzlich der Meinung das, wenn wir in das Boot der Uniklinik und deren Finanzierung einsteigen, wird es einen Preis haben. Nämlich den Preis, dass wir aus der gesamten Gestaltung der weiteren Entwicklung des städtischen Klinikums raus sind. Das kann und darf nicht sein!

Wir brauchen das eigenständige Klinikum, wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das kommunale Klinikum zu erhalten und Bund und Land haben hier endlich ihre Hausaufgaben zu machen.

Abschließend möchte ich noch meine Sicht der Dinge darlegen.

Niemand wird auf die Idee kommen die Feuerwehr, die Polizei oder sonstige Dienste, die die öffentliche Hand existentiell braucht und auch finanziert, zu privatisieren.

Wenn es aber um die Gesundheit der Bürger geht, dann macht man es sich leicht, dann sagt man:“ Ok, wir verkaufen defizitäre Krankenhäuser und geben hier der Privatwirtschaft sozusagen die Möglichkeit, Geld damit zu verdienen“.

Das geht nie gut.

Im öffentlichen Bereich und besonders nicht im Gesundheitswesen. Wenn man sieht, was der Bund für Geld ausgibt und zwar für Sachen, die zumindest fraglich oder diskussionswürdig sind. Dazu ein paar Beispiele.

Hundert Milliarden Sondervermögen für den Wiederaufbau oder die Vitalisierung der Bundeswehr,

21 Milliarden Euro im Jahr zahlen wir netto an die EU, haben im letzten Jahr 10 Milliarden an die Ukraine überwiesen und es sollen noch 2,3 Milliarden an Waffen hinterher geliefert werden.

Wir leisten uns ca 35-45 Milliarden Kosten jedes Jahr für Migration und da muss man sich die Fragen stellen, ist das Geld wirklich im Interesse der Bürger ausgegeben?

Wir sagen:“ Nein, ist es nicht“.

Und hier muss ein politisches Umdenken erfolgen und ich bin zutiefst der Meinung, das wir als Kommunalpolitiker hier auch

unsere Verantwortung wahrnehmen sollen, weil hier für die Kommunalpolitik die Basispolitik für Berlin und dann auch irgendwann in der Eu gemacht wird.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.